

Handelspolitik der G7 konterkariert globale Nachhaltigkeitsziele – noch vor deren Verabschiedung

Brot für die Welt bittet um Ihre Unterstützung: Treten Sie ein für eine faire und ökologisch nachhaltige Handelspolitik! Engagieren Sie sich gegen [TTIP](#)!

Im September 2015 findet in New York der [UN-Gipfel für nachhaltige Entwicklung](#) statt. Ziel des Gipfeltreffens ist die Verabschiedung einer „Post-2015-Entwicklungsagenda“. Im Gegensatz zu den 2000 verabschiedeten Millenniumsentwicklungszielen sollen nach dem Jahr 2015 *gemeinsame* Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) formuliert und beschlossen werden. Die künftige Entwicklungsagenda richtet sich dann nicht nur an die armen Länder des Südens, sondern wird für alle Länder dieser Welt Gültigkeit besitzen. Die Vereinten Nationen und viele Menschen im Norden und Süden erhoffen sich davon wichtige Weichenstellungen für die Gestaltung einer ökologisch nachhaltigen und sozial gerechten Entwicklung - gehört doch die Schaffung von nachhaltigen Produktions- und Konsummustern in Nord und Süd zu einem der Kernelemente der SDGs.

Damit würde ein Versprechen eingelöst, das bereits auf der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung, 1992 in Rio de Janeiro, formuliert wurde. Kernpunkt des damals entwickelten, und nach wie vor gültigen, Konzepts, war die Forderung, Entwicklung auf drei *gleichberechtigten* Säulen zu stützen: Ökologie, Soziales und Ökonomie. Die Geschichte nahm bekanntlich einen anderen Verlauf: Der Neoliberalismus trat in den 1990er Jahren seinen Siegeszug an. Anstatt die wirtschaftlichen Interessen und Akteure in politische Rahmenbedingungen zum Schutz von Mensch und Umwelt wieder einzubetten, drang das Primat der Ökonomie immer weiter in neue Regionen und gesellschaftliche Bereiche vor.

Gut zwei Jahrzehnte nach dem Umweltgipfel in Rio sind die Herausforderungen deswegen nicht kleiner, sondern größer geworden. Dies gilt vor allem für die zunehmende Umwelterstörung, aber auch für soziale Fragen. Zwar haben sich die makroökonomischen Rahmendaten in zahlreichen Schwellenländern, wie den BRICS-Staaten und den sog. 11 Nachfolgestaaten¹, verbessert und in einer nennenswerten Zahl von Ländern des globalen Südens wurden Erfolge bei der Armutsbekämpfung erzielt. Beispielsweise ist die Müttersterblichkeit weltweit von 1990 bis 2013 um 45 Prozent gesunken. Die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren wurde zwischen 1990 und 2012 weltweit nahezu halbiert: von 90 Sterbefällen je 1.000 Lebendgeburten auf 48².

Andererseits leiden nach wie vor viele der armen und benachteiligten Bevölkerungsgruppen unter ihren Lebensbedingungen, da ihnen die Teilhabe an elementaren öffentlichen Gütern, wie Wasser, Nahrung und Bildung, verwehrt bleibt. Und zugleich ist die soziale Ungleichheit exponentiell angestiegen. Gegenwärtig besitzen die 85 reichsten Menschen der Welt so viel Vermögen wie die ärmste Hälfte der Menschheit. Vor fünf Jahren waren dafür noch fast 400 Superreiche notwendig. Prognosen deuten darauf hin, dass im kommenden Jahr 1 Prozent der Weltbevölkerung so viel besitzen wird wie die restliche Weltbevölkerung zusammen³.

In dramatischer Weise zeigen ferner weltweit alle Umweltindikatoren negative Trends auf: Angefangen bei der Zerstörung von Wald- und Ökosystemen, Verlust der Biodiversität über die

¹ BRICS: Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika. Die 11 Nachfolgestaaten (Next Eleven) umfassen Ägypten, Bangladesch, Indonesien, Iran, Nigeria, Pakistan, Philippinen, Mexiko, Südkorea, Türkei und Vietnam.

² Ferner wurde zwischen 1990 und 2015 der Anteil der Menschen halbiert, deren Einkommen weniger als einen US-Dollar pro Tag beträgt. Der Anteil der Menschen, die von weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag leben, sank zwischen 1990 und 2010 von 47 auf 22 Prozent. Im Jahr 2010 lebten damit etwa 700 Millionen weniger Menschen in extremer Einkommensarmut als noch im Jahr 1990.

http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/ziele/ziele/MDGs_2015/fortschritte/index.html

³ <http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/bp-working-for-few-political-capture-economic-inequality-200114-en-oxfam.pdf>

Überfischung der Meere und den Anstieg der Treibhausgasemissionen bis hin zur Landdegradation. Der sog. „Earth Overshoot Day“ verschiebt sich jedes Jahr weiter nach vorne. Gegenwärtig hat die Menschheit, statistisch gesehen, bereits am 23. August die pro Jahr zur Verfügung stehenden Ressourcen aufgebraucht. Auch hier spiegelt sich die globale Ungleichheit wider, wie u. a. der überdurchschnittlich hohe Verbrauch in Deutschland zeigt. Im Jahresdurchschnitt verbrauchen die Deutschen pro Kopf 40 Tonnen Rohstoffe. Nach Berechnungen des Umweltprogramms der Vereinten Nationen wäre ein jährlicher Ressourcenverbrauch von sechs Tonnen pro Kopf nachhaltig und gerecht.⁴ Verschärft wird dieses Ungleichgewicht dadurch, dass ein Großteil der in Deutschland verarbeiteten Rohstoffe in den Entwicklungs- und Schwellenländern abgebaut wird, was häufig mit schweren Menschenrechtsverletzungen und irreversiblen Umweltzerstörungen einhergeht, wie u. a. der Bericht [„Vom Erz zum Auto“](#) belegt.

(G7)Politik – ein einziges Versprechen

Vor dem SDG-Gipfel steht aber erst einmal ein anderer Gipfel im Fokus des Interesses. Am 7. und 8. Juni treffen sich die Regierungschefs der sieben wichtigsten – westlichen – Industrienationen im bayrischen Elmau.⁵ Neben den klassischen G7-Themen, Außen-, Finanz- und Energiepolitik, sollen dort, so die offiziellen Verlautbarungen, Weichenstellungen für den SDG-Gipfel sowie den im Dezember stattfindenden UN-Klimagipfel getroffen werden. Für die Bundesregierung ist die Post-2015 Agenda „der wichtigste UN-Prozess im Bereich nachhaltiger Entwicklung“. Ziel sei es, eine „universell anwendbare Agenda mit einem kohärenten Zielsystem, das Armutsreduzierung und nachhaltige Entwicklung mit einander verbindet“, zu vereinbaren.

Brot für die Welt begrüßt, wenn sowohl die Bundesregierung als auch die anderen am G7-Gipfel teilnehmenden Staaten einen Kurswechsel in ihrer Politik einleiten (würden), um zukünftig primär ein Entwicklungsmodell zu verfolgen, das wirtschaftliches Wachstum in Einklang bringt mit den Erfordernissen von sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit unter Berücksichtigung planetarer Grenzen. Die Umsetzung dieses Nachhaltigkeitsdreiecks in allen Politikbereichen (Industrie-, Handels-, Landwirtschaftspolitik etc.) steht im Mittelpunkt des SDG-Gipfels. *Alle* dort zur Verabschiedung stehenden Ziele für die Post-2015-Agenda sollen die drei Dimensionen nachhaltiger Entwicklung (ökonomische, ökologische und soziale) berücksichtigen.

Disqualifizierung von Standards

Ein Blick auf die anderen Ziele der G7-Agenda sowie die Tagespolitik der G7-Staaten lässt jedoch mehr als nur Zweifel daran aufkommen, dass das Primat der Ökonomie tatsächlich in sozial und ökologisch verbindliche Zielsetzungen eingebettet werden soll. Die gegenwärtige Wirtschafts- und Handelspolitik zeigt vielmehr genau in die andere Richtung. Der erfolgreiche Abschluss der EU Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) und den USA (TTIP) würde das bisherige Wachstumsmodell –, welches soziale Ungleichheit und ökologische Verwerfungen verursacht – nicht nur fortführen, sondern verschärfen. Denn TTIP und CETA gehen über gegenwärtige Handelsvereinbarungen hinaus.

Die in TTIP zu verhandelnden Regulierungsfragen betreffen sowohl Bereiche, die existierende Regeln der Welthandelsorganisation WTO verschärfen, so genannte *WTO-plus* Regelungen (wie die Verschärfungen des SPS-Abkommens über pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen), als auch Bereiche die über WTO-Verträge hinausgehen, bekannt unter der Bezeichnung *WTO-beyond* (hierzu zählen u.a. ausländische Investitionen, Wettbewerbspolitik und das staatliche Beschaffungswesen). In bislang noch unberührten Lebens- und Gesellschaftsbereichen sollen Regelungen und Standards darauf überprüft werden, ob sie Handelshemmnisse darstellen, um sie dann abzubauen. In der

⁴ www.unep.org/resourcepanel/decoupling/files/pdf/Decoupling_Report_English.pdf

⁵ Kanada und Italien gehören nicht mehr zu den sieben größten Volkswirtschaften.

Sprache der Handelsdiplomaten firmiert dies unter dem, eher harmlos klingenden, Begriff „Abbau von nichttarifären Handelshemmnissen“. TTIP ist aber alles andere als harmlos, wie uns die TTIP-Befürworter weiß machen wollen. Denn neue Regelungen in Bereichen wie Datenschutz- und Arbeitnehmerschutzgesetze, Regeln für ausländische Investoren und Banken sowie Schulen, Städte und Krankenhäuser, die bisher vorzugsweise ihre Waren und Dienstleistungen in der eigenen Region eingekauft haben, sind gesellschaftspolitisch höchst brisant. Die Schaffung von einheitlichen Standards dient dabei stets nur einer Zielsetzung: Kosten sparen. Zum Wohle der Unternehmen und angeblich auch der Verbraucher. EU und USA wollen mit TTIP die Devise „Geiz ist geil“ handelsrechtlich um- und durchsetzen. Nicht die Qualität des Produkts und seine ökologische und menschenwürdige Herstellung, sondern dessen Preis wird zur obersten Maxime erklärt. Es erübrigt sich (fast) darauf hinzuweisen, dass diese Politik in einem eklatanten Widerspruch zu den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen steht. TTIP und SDGs schließen sich gegenseitig aus!

Die Agenda der G7-Staaten für Elmau weicht hiervon keinen Millimeter ab. Im Gegenteil: Die G7-Staaten wollen sich explizit für eine „globale Handelsarchitektur“ einsetzen, in deren Mittelpunkt der „Abbau handelsbeschränkender Maßnahmen“ steht. Instrumente zur Umsetzung dieser freihandelsliberalen Politik sind, neben multilateralen Abkommen, insbesondere bilaterale Handelsabkommen wie CETA und TTIP oder die Transpazifische Freihandelszone, kurz: TPP. Der G-7-Staat Japan verhandelt seit 2010 mit den USA und weiteren pazifischen Anrainerstaaten die Trans-Pacific Partnership, die ähnlich umfassend und tiefgreifend wie TTIP und CETA ist.

Globale Standardsetzung im Interesse der Konzerne

Aber soll TTIP nicht (auch) dazu dienen, weltweit ökologische und soziale Standards zu setzen - bevor die Chinesen *ihre* Standards setzen? Nicht nur Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel rechtfertigt die TTIP-Verhandlungen mit diesem Argument. Die Antwort lautet: Jain! Richtig ist: EU und USA wollen mittels TTIP *globale* Standards setzen. Falsch ist: Dass es sich hierbei um fortschrittliche Umwelt- und Menschenrechtsstandards handelt. Was bei TTIP verhandelt wird, ist, wie bereits beschrieben, die Setzung marktliberaler Standards, um durch Kostenreduzierung die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen und US-amerikanischen Konzerne zu erhöhen. Entwicklungspolitische Organisationen, wie Brot für die Welt, kann dies nicht überraschen. Ist diese Handelsagenda doch seit 20 Jahren fester Bestandteil des politischen Agierens von EU und USA innerhalb der [Welthandelsorganisation](#) (WTO) und in bilateralen Abkommen mit Staaten [Afrikas](#), [Asiens](#) und [Lateinamerikas](#).

Neu an den TTIP-Verhandlungen ist hingegen, dass - historisch einmalig -, im Rahmen eines *bilateralen* Abkommens, *global* Standards gesetzt werden sollen. Von Anfang an gehörte es zu den Zielen von TTIP, Fragen der regulatorischen Kooperation und der Standardsetzung nicht nur innerhalb der transatlantischen Freihandelszone, sondern weltweit zu thematisieren und durchzusetzen. Bereits die zur Vorbereitung der TTIP-Verhandlungen gegründete hochrangige Arbeitsgruppe zu den Themen Arbeitsplätze und Wachstum (High-Level Working Group on Jobs and Growth) empfahl die Entwicklung von globalen Handelsregeln.⁶ Im Fokus des Interesses standen die Bereiche geistiges Eigentum, Wettbewerbsrecht, Kontrolle von Staatsunternehmen, Energie- und Rohstoffhandel sowie Standards⁷. Anknüpfend daran benannte die EU-Kommission letztes Jahr in einer Erklärung, die „verbesserte Kooperation bei der Setzung internationaler Standards“ als eines der drei Hauptelemente des Abkommens.⁸

Nicht zuletzt die TTIP-Regelungen zum Rohstoffbereich machen deutlich, was EU und USA unter globaler Standardsetzung verstehen, und was nicht.

⁶ High Level Working Group on Jobs and Growth 2013: Final Report, February 11, 2013.

⁷ EC 2015: Textual Proposal, Possible Provisions on State Enterprises and Enterprises Granted Special or Exclusive Rights or Privileges, 7. January 2015

⁸ European Commission 2014: The Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP): TTIP explained, 8. May 2014

Rohstoffe: Versorgungssicherheit statt Nachhaltigkeit

Der Rohstoffbereich wäre ein Thema par excellence, um weltweit bessere und verbindliche Umwelt- und Menschenrechtsstandards zu setzen. Die bekannten Verhandlungstexte zu TTIP lassen jedoch ein solches Bestreben schmerzlich vermissen. EU (und USA) geht es vielmehr darum, ihre einheimischen Industrien durch den „sicheren Import von günstigen“ natürlichen Rohstoffen abzusichern. Damit stehen die TTIP-Verhandlungen in der Tradition, wie sie in dem Strategiepapier [„Global Europe: „Ein wettbewerbsfähiges Europa in einer globalen Welt“](#) (2006) und der 2008 veröffentlichten und 2011 überarbeiteten „Raw Materials Initiative“ der EU formuliert wurden. Demnach dienen Handelsabkommen vornehmlich dazu, einen „unbeschränkten (in der Handelssprache:) „diskriminierungsfreien“ Zugang zu Rohstoffen und Energie“ sicherzustellen.

Zur Sicherstellung des Zugangs zu Rohstoffen fordert die EU seit langem von Staaten, die über große Rohstoffvorkommen verfügen, das Verbot von Ausfuhrzöllen auf natürliche Ressourcen wie Erz oder Kupfer, sowie die Liberalisierung von Investitionen und Stärkung von Investoren. Jüngstes Beispiel ist das Handelsabkommen, welches die EU mit [Peru und Kolumbien](#) in 2013 geschlossen hat: In den beiden Andenstaaten schafft dies einen zusätzlichen Anreiz, den Bergbau auszubauen. Dabei sind bereits mehr als 40 Prozent der peruanischen Staatsfläche für den Rohstoffabbau konzessioniert. Und die Hälfte der Bergbau-Konzessionen befindet sich auf dem Land von indigenen und bäuerlichen Gemeinden. Zahlreiche Berichte von Menschen- und Umweltrechtsorganisationen belegen die damit einhergehenden sozialen und ökologischen Verwerfungen.

Die TTIP-Verhandlungen sollen nun dazu dienen die dort getroffenen marktliberalen Regelungen langfristig zu globalen Regeln zu machen: In einem TTIP-Positionspapier der EU Kommission heißt es: „Disziplinen, die im transatlantischen Kontext vereinbart werden, können als Modell für nachfolgende Verhandlungen mit Drittländern dienen. Dies würde an andere Länder ein starkes Signal aussenden, dass der Handel mit Rohstoffen und Energie der Global Governance unterworfen werden kann und wird.“⁹ Mit anderen Worten: Einigen sich EU und USA auch in TTIP auf ein strenges Verbot von Exportbeschränkungen bei Rohstoffen, definieren sie damit eine Norm, die Entwicklungsländer noch stärker unter Druck setzt. So könnten in zukünftigen bilateralen Abkommen Ausnahmeklauseln für die Erhebung von Exportsteuern noch restriktiver ausfallen oder im Extremfall ganz entfallen. Im Rahmen der WTO könnten EU und USA gemeinsam versuchen, eine restriktivere Auslegung der noch zugelassenen Exportsteuern durchzusetzen oder diese ganz zu ächten.

Fehlende menschenrechtliche und entwicklungspolitische Kohärenz

Was das EU-Positionspapier zu Rohstoffen im Rahmen der TTIP-Verhandlungen jedoch nicht erwähnt, ist die Durchsetzung von Menschenrechts-, Umwelt- und Sozialstandards bei der Ausbeutung von Rohstoffen, die EU- und US-Unternehmen im Ausland fördern oder von dort importieren. In Anbetracht der Tatsache, dass es gerade in den extraktiven Sektoren vieler Entwicklungsländer immer wieder zu erheblichen Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen kommt und der gebetsmühlenartigen Behauptung, TTIP soll dazu dienen, Standards für einen fairen und nachhaltigen Handel zu setzen, ist dies eine eklatante Lücke. Gerade die Verpflichtung von Unternehmen, die verantwortungsvolle Beschaffung von Rohstoffen zu garantieren - im Sinne menschenrechtlicher due diligence -, wäre wichtiger Bestandteil einer entwicklungspolitisch kohärenten Handelspolitik, wie sie Art. 208 ff des EU-Vertrags einfordert.

Fazit

Unsere Erde ist endlich, und die auf ihr befindlichen Güter sind sehr ungerecht verteilt. Den sieben Staats- und Regierungschefs, die sich in ein paar Tagen in Elmau treffen, ist dies grundsätzlich

⁹ Siehe: European Commission : EU-US Transatlantic Trade and Investment Partnership: Raw Materials and Energy, Initial EU position paper

bewusst. Nur handeln sie nicht danach. Wider besseres Wissen wollen sie Wohlstand mittels eines Wachstumsmodells fortsetzen und erhalten, welches unsere Lebensgrundlage immer weiter zerstört. Jeden Tag, weltweit. Der in New York anstehende Nachhaltigkeitsgipfel der Vereinten Nationen, als auch der im Dezember in Paris stattfindende Klimagipfel, und die dort zur Verhandlung stehenden (ambitionierten) Nachhaltigkeits- und Klimaziele haben nur dann eine Chance auf effektive Umsetzung, wenn sie nicht gleichzeitig durch eine rückwärtsgewandte Handels- und Wirtschaftspolitik konterkariert werden. Deswegen ruft Brot für die Welt dazu auf: Werden sie gegen TTIP aktiv!

Werden Sie aktiv

Es gibt verschiedene Wege gegen TTIP aktiv zu werden.

Brot für die Welt ruft insbesondere zu folgenden Aktivitäten auf:

- Beteiligen Sie sich an der selbstorganisierten Europäischen Bürgerinitiative gegen TTIP

Bis zum 6. Oktober 2015 können Sie mit einer Unterschrift bei der selbstorganisierten Europäischen Bürgerinitiative (EBI) online gegen TTIP und das Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) stimmen: <http://www.ttip-unfairhandelbar.de/start/ebi/>

- Fordern Sie Unterstützung von Politikerinnen und Politikern ein

Im Bundestag und EU-Parlament sitzen Menschen, die gewählt wurden, um Ihre Interessen zu vertreten. Schreiben Sie deswegen zum Beispiel den Abgeordneten Ihres Wahlkreises und fordern Sie sie auf, sich im Bundestag oder im EU-Parlament gegen TTIP und für eine gerechte Handelspolitik einzusetzen.

- Demonstrieren Sie mit

Für den 10. Oktober 2015 ist eine Großdemonstration in Berlin geplant. Seien Sie dabei. Mehr Informationen: www.attac.de/ttip

Schließlich würden wir uns freuen, wenn sie unseren angehängten [Flyer „Ja zu einer nachhaltigen Handelspolitik – Nein zu TTIP“](#) weiter verschicken.